

Ein Flyer für mehr Menschlichkeit

Bayerns Flüchtlingshelfer ärgern sich über die Wortwahl, mit der viele Politiker über Asylprobleme diskutieren. Die Debatte werde immer unmenschlicher, kritisieren sie – und wollen dem etwas entgegengesetzen.

VON KATRIN WOITSCH

Tutzing/Miesbach/Dorfen – Martin Lehmann-Dannert hat die vergangenen Wochen einige Sätze gehört, die sich für ihn wie ein Schlag ins Gesicht anfühlten. In einem dieser Sätze war von einer „Anti-Abschiebe-Industrie“ die Rede, in einem anderen von „Asyltourismus“. Eine Flucht mit Tourismus gleichzusetzen sei blanker Hohn, ärgert sich Lehmann-Dannert. „So einen Satz sollte niemand sagen – und ein Ministerpräsident, der eine Außenwirkung hat, schon zweimal nicht.“ Aber es sind nicht nur einzelne Sätze wie die von Alexander Dobrindt und Mar-

kus Söder, die den Asylhelfer aus Tutzing (Kreis Starnberg) nachdenklich machen. Es ist die Stimmung insgesamt. „Die Flüchtlinge werden für den Wahlkampf missbraucht“, sagt er. „Wie kann sich die CSU von den AfD-Parolen so einschüchtern lassen, dass sie plötzlich einen so scharfen Kurswechsel einschlägt?“

Diese Frage stellt sich nicht nur Lehmann-Dannert – sie beschäftigt viele Asylhelfer in Bayern. Auch Franz Leutner aus Dorfen (Kreis Erding) berichtet von Frust und Ärger. „Wir Helfer fühlen uns diffamiert von den Politikern, die mit ihrer Sprache die Abwehrhaltung in der Bevölkerung nur noch vergrößern“, sagt er. „Wir sind es schließlich, die freiwillig dort helfen, wo die Politik versagt – zum Beispiel bei dem Wohnungsproblem.“ Es müsse bei der Diskussion endlich wieder um Menschen gehen, fordert er.

Genau dafür kämpft auch der Ökumenische Unterstützerkreis in Tutzing – mit einem Flyer. „Wir wollen nicht jam-



Der Ökumenische Unterstützerkreis in Tutzing kämpft mit einem Flyer für eine sachlichere Asyl-Debatte. FOTO: JAKSCH

mem“, betont Pfarrer Peter Brummer, einer der Initiatoren. „Wir wollen verhindern, dass das, was wir bisher erreicht haben, beschädigt wird.“ Vieles sei leichter gewesen, als die bevorstehende Landtagswahl noch weit entfernt war. Vor allem das Arbeitsverbot für Flüchtlinge mit

schlechten Bleibeperspektiven sorge nach wie vor für riesige Probleme in den Gemeinden, betont er. Früher hätten die Landratsämter den Spielraum, den sie haben, zugunsten der Flüchtlinge genutzt, betont auch Lehmann-Dannert. Inzwischen dürften einige Flüchtlinge nicht mal mehr ein

Praktikum machen. „Wir fordern mit unserem Flyer, dass die Debatte wieder sachlicher wird – und menschlicher.“

Die Tutzinger wollen ihren Flyer auch an andere interessierte Helferkreise weitergeben. Ziel sei es, ins Gespräch zu kommen – mit skeptischen Bürgern, aber auch mit den Parteien. „Wir sind nicht mehr die Laien, die wir 2015 waren“, betont Lehmann-Dannert. „Wir wollen gehört und ernst genommen werden.“

Diese Forderung kommt nicht nur aus Tutzing. Inge Jooß, die Integrationsbeauftragte der Stadt Miesbach, ärgert sich schon seit vielen Wochen über die politische Debatte „in der es überhaupt nicht mehr um Menschen geht“. Sie hat aus ihrem Ärger zwar keinen Flyer gemacht – aber einen Brief. Sie hat darin ihren Frust und ihre Sorge über die aufgeheizte Stimmung aufgeschrieben. Dann hat sie ihn an etliche Landes- und Bundespolitiker geschickt. Das ist über einen Monat her. Rückmeldungen gab es kaum, erzählt sie. Das

Büro von Natascha Kohnen (SPD) antwortete, der Brief sei angekommen und werde bearbeitet. „Von Söder, Herrmann oder Dobrindt kam überhaupt keine Antwort.“ Nur Wirtschaftsministerin Ilse Aigner (CSU), zu deren Wahlkreis Miesbach gehört, meldete sich telefonisch bei ihr. Sie nahm sich eine Viertelstunde Zeit für Jooß. „Sie hat mir wirklich zugehört“, berichtet sie. „Aber sie kann sich natürlich nicht gegen ihre Partei stellen.“

Auch wenn die Rückmeldungen überschaubar waren, ist Jooß froh, dass sie den Brief geschrieben hat. „Ich wollte den Politikern zeigen, dass nicht nur die Menschen, die Hass-Kommentare auf Facebook posten, Wähler sind.“ Vor einigen Tagen kam doch noch eine Antwort. Aus Berlin. Von Annette Widmann-Mauz, der Flüchtlingsbeauftragten der Bundesregierung. Es war ein zweiseitiges Standardschreiben, in dem die Arbeit der Asylhelfer in Deutschland gelobt wurde. Inge Jooß hat es nicht einmal zu Ende gelesen.